

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Verlagspreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 15 Pfg., die Reklameseite 45 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf unentgeltl. Ersatz, ob. Konturen hinfällig wird. Erschließungsort: Altensteig, Gerichtsstand: Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 163

Altensteig, Mittwoch den 16. Juli 1930

53. Jahrgang

Hindenburg geht nicht nach Koblenz

Grund: Der preussische Ministerpräsident ist seinem Versprechen, das Stahlhelmsverbot im Rheinland aufzuheben, nicht nachgekommen

Berlin, 15. Juli. Der Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen abgelehnt und diese Abfuhr mit folgenden Worten an den preuss. Ministerpräsidenten begründet: „Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ihre Einladung zur Teilnahme an den Befreiungsfeiern der preuss. Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Zusage erfolgte jedoch unter der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, das ich als unberechtigt und dem Sinne des Gesetzes zum Schutze der Republik zuwiderlaufend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben sei und diese Verbände an den Befreiungsfeiern teilnehmen können. Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für die ich inzwischen auch die Reichsregierung verwandt hat, wiederholt in Aussicht gestellt, diese Zusage jedoch bisher nicht eingelöst.“

Statt dessen hat der preussische Minister des Innern in seinem dem Reichskanzler abschriftlich übermittelten Schreiben vom 14. Juli 1930 dem Stahlhelm für die Wiederzulassung in Rheinland und Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Formulierung ich entnehmen muß, daß das preussische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterstützten Wunsche nicht zu entsprechen geneigt ist. Damit schließen Sie den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, von der Teilnahme an den Rheinlandbefreiungsfeiern aus und machen es den in der Organisation vereinigten alten Frontkämpfern unmöglich, in geschlossener Formation mit zu begrüßen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Räumung stattfinden, zugelassen sind und in großer Zahl auftreten. Diese ungleichmäßige Behandlung ist für mich unerträglich. Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Wehrparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein „nach meiner Auffassung nicht begründetes“ Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen ist. Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz zurückzuziehen. Aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine, in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche von Trier, Aachen und Wiesbaden abgelehnt und solange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich Ihr (gez.) v. Hindenburg, Reichspräsident.“

Zum Brief des Reichspräsidenten

Das Echo

Berlin, 15. Juli. Der Brief des Reichspräsidenten von Hindenburg mit der Abfuhr an die preussische Regierung, der so völlig überraschend kam, hat wie eine Bombe gewirkt. Fast sämtliche Berliner Blätter bringen das Schreiben in großer Aufmachung auf der ersten Seite, so daß das bisher aktuellste Problem, die bevorstehende Entscheidung im Reichstag im Kampf um die Deckungsvorlage fast in den Hintergrund tritt. Auch für die preussische Regierung ist das Schreiben des Reichspräsidenten außerordentlich überraschend gekommen. Entgegen der Darstellung in dem Briefe des Reichspräsidenten behauptet die preussische Regierung laut „Völkischer Zeitung“, daß sich die Stahlhelmleitung bisher nicht bereitgefunden habe, die verlangten Garantien für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu geben. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ wird die preussische Regierung auf den Brief des Reichspräsidenten eine Antwort geben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die den Brief Hindenburgs als klar und charaktervoll bezeichnet, hält es für eine politische Selbstverständlichkeit, daß der preussische Landtag sofort telegraphisch einberufen wird, um zu dem Verhalten der preussischen Regierung Stellung zu nehmen und den schweren Konflikt mit dem Reich noch so rechtzeitig beizulegen, daß im In- und Ausland dieses traurige Bild deutscher Zwietracht erspart bleibt. Mit scharfen Worten wendet sich die „Kreuzzeitung“ gegen den preussischen Ministerpräsidenten Brauns, dem sie absichtliches Verhalten vorwirft, und begrüßt den Beschluß des Reichspräsidenten, unter diesen Umständen den Befreiungsfeiern in preussischen Gebietsteilen des Rheinlandes fernzubleiben. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet das Verhalten des preussischen Ministerpräsidenten als schwere Provokation gegen den Reichspräsidenten. Die Bevölkerung Rheinlands, schreibt das Blatt, wird es verstehen und billigen, wenn sich Hindenburg in dieser deutschen Weisung gegen eine

Behandlung wehrt, die weder unter politischen noch unter gesellschaftlichen Gesichtspunkten erträglich ist.

Der preussische Ministerpräsident zum Brief des Reichspräsidenten
Berlin, 15. Juli. Der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns hatte die Vertreter der Presse zu einer Konferenz im Reichstag eingeladen, wobei er sich mit dem Schreiben des Reichspräsidenten auseinandersetzte. Der Ministerpräsident verlas das Schreiben, das an den Stahlhelm abgesandt worden war. Das preussische Staatsministerium werde dem Reichspräsidenten antworten und ihn darauf aufmerksam machen, daß seinerzeit (somal Reichs-) wie Staatsregierung überzeugt gewesen wären, daß das Stahlhelmsverbot erlassen werden müsse. In diesem Schreiben werde von Seiten der preussischen Staatsregierung die Hoffnung ausgesprochen, daß der Reichspräsident doch noch einmal das ganze Problem überprüfen möge.

Das preussische Staatsministerium werde dem Reichspräsidenten antworten und ihn darauf aufmerksam machen, daß seinerzeit (somal Reichs-) wie Staatsregierung überzeugt gewesen wären, daß das Stahlhelmsverbot erlassen werden müsse. In diesem Schreiben werde von Seiten der preussischen Staatsregierung die Hoffnung ausgesprochen, daß der Reichspräsident doch noch einmal das ganze Problem überprüfen möge.

Hinsichtlich der bevorstehenden Feiern betonte Ministerpräsident Brauns, daß morgen erwogen werden solle, ob es nun zur Abhaltung der Befreiungsfeiern kommen soll, da dieselben doch nur im Zusammenhang mit der Rheinlandreise des Reichspräsidenten geplant gewesen wären.

Noch ein Lauffehler des Herrn Brauns

Koblenz, 15. Juli. Der preussische Ministerpräsident Brauns hat dem Koblenzer Oberbürgermeister Dr. Hüffel ohne nähere Begründung mitgeteilt, daß bei der Staatsfeier anläßlich des Besuchs des Reichspräsidenten in Koblenz der Oberbürgermeister von der Rednerliste gestrichen worden sei und daß an seiner Stelle Reichsminister von Guericke sprechen werde. Der Oberbürgermeister und die Bevölkerung sind über diese Zurücksetzung sehr enttäuscht. In Finanz- und Verfassungsausschuss wurde eine Erklärung angenommen, in der das Verhalten des Ministerpräsidenten scharf verurteilt und in einer Entschliessung der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß sich die Bürgerlichkeit an der Staatsfeier nicht beteiligen könne, wenn man dem Oberbürgermeister der eigenen Stadt das Reden verbieten wolle.

Reise nur nach Hessen und der Pfalz

Die Reise des Reichspräsidenten nach Speyer und der Pfalz sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Reichspräsident wird am Sonntag, den 20. Juli, abends von Mainz nach Berlin zurückkehren. Im Anschluß daran erfährt das WTB, daß der Stahlhelm hinreichende Zusicherungen gegeben hat, sich jeder wie immer gearteten militärischen Betätigung zu enthalten. Des weiteren erfährt Wolffs Telegraphenbüro, daß die preussische Regierung bereits davon verständigt worden ist, daß die Reise des Herrn Reichspräsidenten unterbleibt, falls das Stahlhelmsverbot nicht vorher aufgehoben werde.

Zweite Beratung zur Deckungsvorlage

Berlin, den 15. Juli.

Auf der Tagesordnung der Diensttagssitzung des Reichstages stand als erster Punkt der Ausschussbericht über die Anträge zur Neuordnung der Reichsbanknoten, die durch die 1 Million RM dem Waldburger Steinlaßengebiet zur Verfügung gestellt wird, wurden nach kurzer Debatte angenommen. Es folgt die Beratung der Deckungsvorlage.

Abg. Diez (3.) tritt für die Ausschussfassung der Vorlage ein und wendet sich gegen einen Antrag Haug, der das vollständige Verbot der Hybridenweine nicht ab 1. September 1940, sondern schon 1935 in Kraft setzen will.

Abg. Puh (Kom.) protestiert gegen das Verbot der Hybridenweine.

Der vom Abg. Diez (3.) begründete Antrag wird angenommen, im übrigen wird das Gesetz unter Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge in zweiter und dritter Beratung angenommen. Rummehr folgt die

zweite Beratung der Deckungsvorlage.

Dazu ist von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingegangen.

Reichskanzler Dr. Brüning

erklärt, er wolle zu der Vorlage keine lange Rede halten, denn das Volk verlange eine schnelle Entscheidung und keine weiteren Reden. Ueber dem Volke ist ein dumpfer Druck, ein Gefühl der Unsicherheit, das ungeheuer hemmend und belastend wirkt für die Aufrechterhaltung der ganzen Wirtschaft. Das Volk hat ein sehr hartes Verständnis dafür (Zuruf links: „Doch Sie verschwinden müssen“), daß die Regierung vor einer ungeheuer schwierigen Aufgabe steht. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende konjunkturelle Depression, sondern um einen völligen Strukturwandel der Wirtschaft, eine Preisrevolution auf allen Gebieten der Wirtschaft. Wir haben keinen Grund zu einem optimistischen Pessimismus, denn für die besondere Struktur der deutschen Wirtschaft bedeutet die Preisrevolution keinen Abstieg, sondern den Beginn des Wiederaufstiegs. Wenn die Reichsregierung nicht alle Maßnahmen ergreife, um den Wiederaufstieg zu ermöglichen, dann hätte sie ihre Pflicht gründlich verletzt.

Die Voraussetzung für die Durchführung aller der Maßnahmen, auch für die Durchführung der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen ist aber, daß vorher das Defizit des Reichsetats gedeckt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr, als die von der Regierung vorgeschlagenen. (Lebhafte Widerspruch links.) Der Ausschuss hat das ja dadurch erkannt, daß er dem Artikel 1 der Regierungsvorlage zugestimmt hat. (Unruhe und Gelächter links.) Wir können keine Diktillie gemäßen, wir können die Arbeitslosenversicherung nicht lancieren, wenn das Defizit nicht gedeckt ist. (Lebhafte Zustimmung.) Was wir jetzt machen, ist nichts weiter als Ausräumungsarbeit. Diese Arbeit ist notwendig, wenn wir in Herbst zu der großen Reform kommen wollen, die vor allem eine wesentliche Senkung der Ausgaben auf allen Gebieten sein soll. (Rufe links: „Auf Kosten der Arbeiter!“)

Wie brauchen eine Politik an lange Sicht nach einheitlichen Plänen. Es ist eine große Stunde für den deutschen Reichstag gekommen. (Rufe bei den Kommunisten: „Die Stunde des Bankrotts!“) Weig er diese Stunde zu nutzen, dann hat er zur Sicherung des Parlamentarismus

und der Demokratie mehr getan als in den letzten Jahren. Demokratie und Parlamentarismus werden am besten geschützt, wenn das Parlament auch den Mut zu unpopulären Maßnahmen hat. (Rufe links: „Die Stahlhelmregierung hat schlappgemacht!“) Sollte es nicht möglich sein, durch das Parlament die Deckung zu beschließen, dann muß ich gleich in dieser Stunde erklären, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen, die notwendig sind zur Abdeckung des Defizits des Reichshaushalts. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Abg. Effer (3.) beantragt, jetzt nicht in eine allgemeine Aussprache einzutreten, sondern lediglich den Artikel 1 mit vierstündiger Redezeit zur Besprechung zu stellen, um dann sofort darüber abzustimmen.

Abg. Dittmann (Soz.) stellt den Antrag, die Sitzung um eine Stunde zu vertagen, damit seine Fraktion zu dem Vorschlag des Abg. Effer Stellung nehmen könne.

Abg. Torgler (Kom.) protestiert dagegen, daß die Aussprache auf diese Weise abgewürgt werden solle.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wird der Vertagungsantrag angenommen.

Die neue Sitzung

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird ein kommunistischer Antrag auf Vornahme einer Generaldebatte abgelehnt und der Vorschlag Effer mit der Änderung angenommen, daß für die Aussprache über den Artikel 1 eine halbstündige Redezeit zugelassen ist.

Abg. Keil (Soz.) erklärt, die Regierung Brüning befinde sich in einer Sackgasse, aus der es nur einen Ausweg gibt, nämlich das Zurück. Diesen Ausweg scheint das Kabinett aber nicht zu finden. Die sozialdemokratische Fraktion war sich immer ihrer Verantwortung bewußt, auch wenn sie in der Opposition stand. Wir fordern größere Einsparnisse im Etat, aber nicht auf Kosten der unschuldigen Opfer der planlosen kapitalistischen Wirtschaft. Weil damit aber allein die dauernde Sanierung der Finanzen nicht möglich ist, schlagen wir vor, einen zehnprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer mit angemessener Freigrenze. Dieser auf ein Jahr beschränkte Zuschlag ist weit gerechter als die unsoziale Kopfsteuer. Bei der Reichshilfe verlangen wir eine einschneidende Umschreibung der Angefällten, eine Heraushebung der Freigrenze und die Berechnung der Reichshilfe nach der Lohnsteuer. Die Bürgersteuer ist in der vorgeschlagenen Form für uns unannehmbar. Das allerbedenklichste ist die Verknüpfung der Deckungsvorlage mit Angriffen auf die Sozialversicherung. Die Annahme des Artikels 1 im Ausschuss darf der Reichskanzler nicht als Zustimmung deuten. Die entscheidende Abstimmung wird bei den materiellen Teilen des Gesetzes erfolgen. Wenn sie die Gestalt behalten, wie sie im Augenblick vorliegen, so ist die sozialdemokratische Fraktion entschlossen, sie abzulehnen. Wir warnen den Reichskanzler vor dem Versuch, etwa den Artikel 48 mißbrauchen zu wollen, um Vorlagen durchzusetzen, die der Reichstag nicht genehmigt hat. Die Regierung hat ja noch gar nicht alle verfassungsmäßigen Mittel erschöpft, sie hat noch einmal die starken Kräfte der größten Partei des Hauses, der Sozialdemokratie, in Anspruch genommen. Wir haben nicht nötig, uns anzubiedern; aber in dieser ersten Stunde müssen zimperliche Ermüdungen zurücktreten. (Rufe bei den Kommunisten, der kommunistische Abg. Münzenberg wird zweimal zur



Ordnung gerufen.) Wollen die bürgerlichen Parteien den Vertretern der Arbeiterschaft keinen Platz in der Regierung zubilligen, dann muß die in der Minderheit bleibende Regierung zurücktreten.

Abg. Dr. Oberfohren (Duff.) gibt folgende Erklärung ab: Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß eine irgendwie wesentliche Aenderung der Situation bei der Beratung der Deckungsvoorlage in erster Lesung nicht eingetreten ist. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ist daher entschlossen, auf dem Inhalt der Erklärung zu beharren, die sie bei der Beratung der Deckungsvoorlage in erster Lesung abgegeben hat.

Nach weiterer Debatte wurde Artikel 1 der Deckungsvoorlage bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten angenommen. Die Beratung geht weiter am Mittwoch, 3 Uhr.

Das Pensionenkürzungsgezet

Berlin, 15. Juli. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde das Pensionenkürzungsgezet beraten. Es wurde angenommen die vom Zentrum beantragte Aenderung, nicht das gesamte Pensionseinkommen, sondern nur das steuerbare Arbeitseinkommen für die Pensionenkürzung heranzuziehen. Das Gezet wurde weiter dahin ergänzt, daß es auch für die Reichsminister gelten und angewandt werden kann auf die Beamten der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Reichspost, der Länder und Gemeinden. Es wird also das Ruhegehalt um die Höhe des Betrags gekürzt, um die das Arbeitseinkommen den Betrag von 6000 RM. jährlich übersteigt. Das gilt auch für die Offizierspensionen. Der Ausschuß beschloß noch, als Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes den 1. Oktober zu bestimmen.

Damit war die erste Lesung des Pensionenkürzungsgezetes erledigt. Es wurde dann auch der Pensionshöchstbetrag von 12 000 RM., den der sozialdemokratische Initiativantrag vorschreibt, gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in erster Lesung vom Ausschuß genehmigt.

Bergung der Hausdorfer Opfer

Wasser behindert die Freilegung der Toten

Hausdorf, 14. Juli. Den Bergungsarbeiten stellen sich jetzt noch dadurch neue Schwierigkeiten entgegen, daß durch den Kohlenstaub seit mehreren Stunden unaufhörlich Wasser dringt. Unter diesen Umständen besteht größte Gefahr für jeden Teilnehmer der Bergungsaktion. In den letzten 48 Stunden gelang es, nur noch drei Tote zu bergen. Einen weiteren hofft man im Laufe des Abends freilegen zu können, während vier weitere noch gesüchtet wurden. Es steht aber nicht fest, ob es möglich sein wird, sie noch in der kommenden Nacht herauszubohlen. Die Zahl der noch nicht Geborgenen wird mit 44 angegeben.

Sigung des Verwaltungsrats der B33.

Anleihe für Oesterreich

Basel, 15. Juli. Der Verwaltungsrat der B33 behandelte eine ganze Reihe von Fragen. Die deutsche, französische, englische und italienische Sprache sollen offizielle Sprachen der Bank sein, in denen die Korrespondenz geführt wird. Die Aktien der Bank sollen nunmehr zum Druck gegeben werden. Der Rat nahm Kenntnis von der Verteilung des Betrags der Junganleihe. Vom Ertrag erhielten u. a. Frankreich 132 Millionen Dollar, Deutschland 101 Millionen, England 50 Millionen, Italien 18 Millionen usw. Insgesamt kamen etwas mehr als 300 Millionen Dollar zur Verteilung. Der Rat beschloß, für die heute in London unterzeichnete Anleihe des Staates Oesterreich im Betrage von 80 Millionen Dollar Treuhandsfunktion zu übernehmen.

Friedrich Augsburger

Unbedeutendster Roman von Wolfgang Mücken

Uebersetzer-Rechtschau durch Verlag Oskar Reister, Werdau

(58. Fortsetzung.)

Der Kurfürst sah erstaunt, wie sich sein legitimer Sohn mit dem Augsburger lange und anscheinend in herzlicher Weise unterhielt.

Barbette Werrille sang voll verzehrender Sehnsucht. Ihre Augen suchten Friedrich Augsburger, den der Kurfürst selbst dem Hofe vorstellte.

Als Friedrich mit der Fürstin von Leuchtenburg sprach, sagte sie eine wilde Erregung. Nur mit Mühe zwang sie sich zur Ruhe.

„Ich freue mich, Herr von Augsburger, daß Sie so rasch genesen sind.“

„Rasch? Mir schien es wie eine Ewigkeit, Frau Fürstin. Bin nun doch so lang in Dresden. Will morgen abreisen.“

„Morgen.“ Die schöne Frau erbläute. „Wohin reisen Sie, Herr von Augsburger?“

„Zu meiner Mutter, Frau Fürstin.“

Sie sah ihn verständnislos an, lange Zeit, dann verziet ein Juden in ihrem offenen, schönen Antlitz, daß sie ihn verstanden hatte.

„Ich will auch reisen, morgen, Herr von Augsburger. Nach Rom.“

„Nach Rom?“ fragte Friedrich verwundert. „Was suchen Frau Fürstin in Rom?“

„Meine Freiheit, Herr von Augsburger. Zum heiligen Vater will ich, ihn zu bitten, daß er das Band zwischen mir und dem Fürsten löst.“

Ihre tiefen, graublauen Augen sahen ihn voll an. Eine Frage lag in ihnen.

Augsburger war sehr ernst geworden.

„Dazu wünsche ich Ihnen von Herzen Glück, Frau Fürstin.“

Die Fürstin errötete über und über. Froh und glücklich sah sie ihn an.

„Wir tragen alle die Hoffnung auf Glück in uns.“

„Ja!“ Tief atmete er auf. „Das tun wir alle und müssen doch unsere Hoffnungen begraben.“

„Doch nicht immer!“

Die neue Bürgersteuer

Der Gesetzentwurf von den Fraktionen genehmigt

In der Besprechung der Finanzjahrverständigen der Regierungsparteien des Reichstags hat man sich, vorbehaltlich der Zustimmung der einzelnen Fraktionen, auf folgenden Initiativ-Gesetzentwurf geeinigt:

§ 1

Die Gemeinden sind berechtigt und in den Fällen des § 3 verpflichtet, von allen im Gemeindebezirk wohnenden Personen, die über 20 Jahre alt sind, eine Bürgersteuer zu erheben.

Die Steuer darf nicht erhoben werden von Personen, die seit einem Monat vor dem in Absatz 3 bezeichneten Stichtag laufend öffentliche Fürsorge auf Grund der Reichsverordnung über Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 genießen, und von Kriensfürsorgeempfängern, deren Personenkreis noch näher bestimmt werden soll.

Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstags weitere Personenzreise von der Steuerpflicht zu befreien.

Mahgebend für die Steuerpflicht sind die Verhältnisse am 10. Oktober eines jeden Jahres. Wird für die allgemeine Personenstandsaufnahme ein anderer als der im Satz 1 genannte Stichtag bestimmt, so ist dieser Stichtag maßgebend.

§ 2

Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Ländern kraft eigenen Rechts bestimmt (Landesjah).

Als Landesjah darf kein niedrigerer Betrag als 6 RM. für das Jahr bestimmt werden.

1. Der Landesjah ermäßigt sich auf die Hälfte für Personen, die einkommensteuerfrei sind,
2. für die Ehefrau, sofern die Ehegatten nicht dauernd von einander getrennt leben und der der Ehemann zur Bürgersteuer herangezogen wird; in diesen Fällen beträgt er für die Ehegatten zusammen das Ein-einhalbfache des für den Ehemann maßgebenden Satzes.

Eine anderweitige Staffelung ist ausgeschlossen.

§ 3

Wenn für das Rechnungsjahr 1930 in einer Gemeinde die Gemeindegrundsteuer oder die Gemeindegewerbesteuer über den bis zum 1. Juli 1930 beschlossenen Satz erhöht wird, ist die Gemeinde verpflichtet, für dieses Rechnungsjahr die Bürgersteuer einzuführen.

Vom Rechnungsjahr 1931 ab bis zum Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes ist die Gemeinde verpflichtet, die Bürgersteuer einzuführen:

1. Wenn für die Gemeindegrundsteuer oder die Gemeindegewerbesteuer der am 1. Juli 1930 beschlossene Satz überschritten wird, oder
2. wenn der für die Gemeindegrundsteuer oder für die Gemeindegewerbesteuer beschlossene Satz den Landesdurchschnitt übersteigt; in diesem Falle ist, wenn der Landesdurchschnitt
 - a) um nicht mehr als 150 v. H. überschritten wird, für das gleiche Rechnungsjahr die Bürgersteuer mit einem Zuschlag von 50 zum Landesjah zu erheben.
 - b) um mehr als 150 v. H., jedoch nicht mehr als 200 v. H. überschritten wird, für das gleiche Rechnungsjahr die Bürgersteuer mit einem Zuschlag von 100 v. H. zum Landesjah zu erheben.

c) um mehr als 200 v. H. überschritten wird für das gleiche Rechnungsjahr die Bürgersteuer mit einem Zuschlag von 150 v. H. zum Landesjah zu erheben.

Die Landesregierung stellt die Höhe des Landesdurchschnitts der Gemeindegrundsteuern und der Gemeindegewerbesteuern fest; sie bestimmt ferner, in welcher Weise in den Gemeinden die Höhe der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer zu ermitteln ist.

§ 4

Inwieweit im Rahmen der Gemeindefinanzierungs-gesetzgebung eine Senkung der Realsteuern eintritt, wird durch ein besonderes Reichsgezet bestimmt werden.

Durch ein besonderes Reichsgezet wird ferner eine Verkoppelung der Zuschläge zur Bürgersteuer mit der Höhe der Realsteuerverträge für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes geregelt werden.

§ 5

Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstags Bestimmungen zur Durchführung der §§ 1 bis 4 zu erlassen; in den Durchführungsbestimmungen sind insbesondere Bestimmungen über die Fälligkeit und die Verwaltung der Bürgersteuer zu treffen.

Die deutsche Antwort auf das Briand-Memorandum

Uebersetzung der deutschen Antwort auf das Briand-Memorandum

Paris, 15. Juli. Botschafter von Hoeß hat sich um 3 Uhr nachmittags in den Quai d'Orsay begeben, um Außenminister Briand die Antwort der Reichsregierung auf das Memorandum betreffend die förderative Organisierung Europas zu überreichen.

Berlin, 15. Juli. In der Antwort der Reichsregierung auf das Briand-Memorandum wird unter Hinweis auf die Spannungen, die Europa befeuern, die Artugung, das europäische Problem zu erörtern, mit Genugtuung begrüßt. Kein Land empfindet die Mängel der Struktur Europas stärker als Deutschland, kein Land habe an deren Beseitigung ein höheres Interesse. Die deutsche Regierung werde daher bereitwillig an der Lösung des Problems mitarbeiten und stelle sich für eine eingehende Beratung während der Völkervereinigung im Herbst zur Verfügung. Das Endziel bestehe darin, eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundstätzen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen könne. Späßen gegen andere Länder und Kontinente ebenso wie der Ausschluss europäischer Nichtmitglieder des Völkerverbundes, wie Rußland und die Türkei, seien zu vermeiden. Die Reichsregierung stimme der französischen Regierung darin durchaus zu, daß die Notlage Europas über Ursachen in hohem Maße in seiner gegenwärtigen politischen Befestigung habe. Alle Versuche einer Besserung dieser politischen Lage würden davon abhängen, daß die Grundstätze der vollen Gleichberechtigung zur Anwendung kämen.

In dem Abschnitt der Antwort, der sich mit den wirtschaftlichen Fragen befaßt, heißt es: Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiete sollte nicht von der Schaffung größerer Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Unterbindung der europäischen Wirtschaftsnote wird von der Krise der Landwirtschaft und der Abkajnot der Industrie ausgehen und Mittel und Wege suchen, um größere Marktgebiete zu gewinnen und um den Austausch der Güter in Europa zu erleichtern. Die deutsche Regierung hält

Voll Angst sah sie ihn an, ihre Lippen bebten, als sie sprach: „O nicht! Nicht schon morgen.“

„Doch — Barbette. Aber ich werde kommen, um dir Lebewohl zu sagen.“

„Wohin willst du gehen?“

„Ich will meine Mutter suchen gehen. Gebe Gott, daß sie noch lebt, Barbette.“

Der Kurfürst hatte die Unterredung seines Sohnes mit der Tänzerin ungenügend gesehen. Aber er wagte nicht, zu tören und stand etwa zehn Schritte von den beiden entfernt und wartete.

Der Hof wurde unruhig.

Die Fürstin von Leuchtenburg sah mit heißen Wangen, wie Augsburger mit der Tänzerin sprach. Ihre Erregung wurde stärker. Haß gegen das schöne Weib kam in ihr auf.

Aber sie konnte ihm nicht gram sein. Barbette hatte traurige Augen, die einem weh taten, wenn man sie ansah.

Der Augsburger ging weiter. Der Kurfürst nahm seinen Arm und führte ihn zu der Tafel zurück.

Dann sang Barbette Werrille wieder. Es war, als flage eine Nachtigall. Friedrich dachte an die Geliebte.

Marlene, die herbe, die süße, braunlockige, tauchte vor seinen Augen auf.

„O Marlene! Warum hattest du nicht den Mut zum Glück!“

Am Abend sprach der Kurfürst noch lang mit seinem Sohn und beschwor ihn, bei ihm zu bleiben.

Doch der Augsburger blieb fest.

„Sag mir den Namen meiner Mutter!“ bat er.

„Den Namen — kann ich dir nicht sagen. Ich habe ein Andenken von deiner Mutter. Ein Gesangbuch. Ich will dir's geben. Bring's ihr und grüße sie von mir. Sie soll mir verzeihen.“

Dann sind sie mit festem Händedruck voneinander geschieden.

Als der Kurfürst allein war, ließ er den Brühl kommen.

„Wir fahren morgen nach Warschau“, sprach er heiser zu dem Leibspagen, der über den verfallenen Ausdruck des Kurfürsten erschrak.

In der Nacht ging im Schloß ein heftiges Treiben los. Diener eilten hin und her und packten.

Der Kurfürst aber lag im hohen Brunnstessel und fühlte sich ärmer als ein Bettler.

(Fortsetzung folgt.)



es für angebracht, die Bemühungen um die europäische Wertung, insbesondere der europäischen Zollpolitik fortzusetzen. Militärische Gesichtspunkte dürfen bei wirtschaftlichen Fragen nicht in den Vordergrund gestellt werden.

Die deutsche Regierung, so heißt es im Schluß, sieht die nächste Aufgabe darin, zunächst einmal einen Ueberblick über die Materie der europäischen Gemeinschaftsarbeit zu gewinnen. Sie hofft auf wertvolle Anregungen bei der Zusammenkunft in Genf im September, zu der auch die europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes und die nichteuropäischen Staaten Zutritt haben sollten.

Antworten auf die Brand-Denkchrift

Die Länder Scandinaviens

In der Antwort der dänischen Regierung auf die Brand-Denkchrift wird betont, daß möglichst alle bedeutenden Staaten Europas an den Bemühungen teilnehmen müßten. Weiter spricht sich die dänische Regierung gegen die allzu große Anlehnung an den Völkerbund aus; ein ständiger politischer Ausschuß oder ein Sekretariat der europäischen Staaten seien nicht nötig. Eine Entwicklung im Sinne der Locarnoverträge dürfe keine „Sanktionsverpflichtungen“ ähnlich denen des Locarnovertrages bringen, da das für eine große Anzahl Staaten unannehmbar sei, weil weitgehende Sanktionsverpflichtungen die Sicherheit der Staaten eher verminderten als vermehrten, solange in gewissen Staaten beträchtliche Rüstungen aufrechterhalten würden.

Die norwegische Antwort spricht ihre größte Befriedigung aus und erklärt, daß sie in der Hauptsache mit den Vorschlägen einer europäischen Zusammenarbeit übereinstimme. Die Ausgabe dieser Zusammenarbeit liege nach Ansicht der norwegischen Regierung vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet; das würde eine gesteigerte politische Zusammenarbeit mit sich bringen.

Auch Schwedens überreichte Antwort erklärt Bereitwilligkeit zu einer Aussprache in Genf, äußert sich jedoch skeptisch zu dem Gedanken, jetzt bereits ein wohl ausgebildetes Staatensystem mit ständiger Sekretariat und Konferenzen zu schaffen und läßt eine wirtschaftliche Besprechung im Zusammenhang mit den Völkerbundkonferenzen für zweckmäßig.

Die Arbeitslosenversicherung

Berlin, 15. Juli. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages führte heute die erste Beratung der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz zu Ende. Bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen wurde die Beitragserhöhung auf 4,5 Prozent angenommen. Mit den Stimmen der Deutschnationalen und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde dem Antrag der Regierungsparteien entsprechend beschlossen, daß vom 1. April 1931 ab der Höchstbetrag der Darlehen zur Arbeitslosenversicherung nach § 163 jeweils im Haushaltsgesetz festgesetzt wird. — Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde weiter eine Entschärfung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, im Laufe des Winters eine Denkschrift vorzulegen, in der die Möglichkeiten grundsätzlicher Umgestaltungen in der Arbeitslosenversicherung erörtert werden. Dabei sollen insbesondere die Anträge Schneider-Berlin (Dem.) und Thiel (D.Vp.) gewürdigt werden, die die Einrichtung von Gefahrenklassen und die Zulassung von Ersparnissen der Angestellten fordern.

Vor dem Europaflug

Am 20. Juli starten in Berlin rund hundert Leichtflugzeuge zum diesjährigen Europaflug. Dieser Wettlauf, zum erstenmal im letzten Jahre ausgetragen, hat sich bereits als härteste Werbeveranstaltung für den Leichtflugzeugtransport durchgesetzt. Er bedeutet eine außerordentlich scharfe Probe auf die Einigung der Leichtflugzeugtypen für Sport und Reise. War im letzten Jahre die Ausschreibung noch zu einseitig auf die Schnelligkeit eingestellt, so ist darin dieses Jahr bereits eine gewisse Besserung erzielt. Die technischen Prüfungen, die sich an den über 7000 Kilometer langen Ueberlandflug anschließen, erstrecken sich nun auch auf Start- und Landefähigkeit — eine in acht Meter Höhe angebrachte Schauer muß möglichst kurz nach dem Start oder vor der Landung überflogen werden —, ferner auf Bequemlichkeit, Ausrüstung, Instrumentierung, Sicherheitsmittel, besondere konstruktive Vorzüge und auf den Brennstoffverbrauch.

In diesen Prüfungen nehmen also nur noch diejenigen Maschinen teil, die den Streckenflug durchgehalten haben. Dieser ist in den Anforderungen an Flugzeuge und Piloten bedeutend gesteigert worden. Die Strecke muß in zwölf statt in vierzehn Tagen bewältigt werden. Sie ist 7000 Kilometer lang und führt von Berlin über Frankfurt-Keims-Brüssel nach London, von da nach Paris und dann über die Pyrenäen nach dem wegen seiner heimtückischen Flugverhältnisse berüchtigten Spanien. Der Flug über den Pyrenäengebirgszug verlangt die Ueberwindung von 300 Metern Gebirgshöhe. Dann geht der Flug nach Saragossa-Madrid-Sevilla-Madrid-Barcelona, am Mittelmeer entlang nach Marseille, hinein in die Schweiz (Lausanne-Bern). Münden ist die nächste Etappe, und nun folgt die Strecke eine Zeitlang der leuchtigen nach Wien, Prag, Breslau, Warschau. Dort wird ein Absteher nach Königsberg eingesetzt, von wo die letzte Etappe nach Berlin, dem Ausgangspunkt, führt.

Die schwäbischen Leichtflugzeuge, die Klemm-Maschinen, nehmen in überraschend großer Zahl am Europaflug teil. Nicht weniger als 18 Klemm-Leichtflugzeuge sind gemeldet worden, das ist beinahe ein Drittel der 40 deutschen Maschinen, die voraussichtlich an den Start gehen werden.

Neues vom Tage

Ergebnislose Ministerpräsidentenwahl in Sachsen

Dresden, 15. Juli. In der Landtagsprüfung erschien als zweiter Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten auf des Tagesordnung. Vorgeschlagen waren Dr. Krug von Ribbe, Reichstagsabgeordneter Lipinski und Landtagsabgeordneter Kerner. An der Wahl nahmen 96 Abgeordnete teil. Es erhielten: Minister a. D. Dr. Krug von Ribbe 45 Stimmen, Reichstagsabgeordneter Lipinski 32, Landtagsabgeordneter Kerner 3, Minister a. D. Dr. Küß 3, Staatsminister Dr. Richter 2 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, ist damit die Wahl ergebnislos verlaufen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 16. Juli 1930.

Antiliches. Der Herr Staatspräsident hat den Bezirksnotar Grathwohl in Pöpsingen an das Bezirksnotariat Calw auf sein Ansuchen gemäß verlegt.

Auf Regen . . . Wohlthuend wirkte der Regen der letzten Tage. Es war auch Zeit. Der Boden war derart ausgetrocknet, daß er, ob der Trockenheit, Risse bekam. Obwohl wir auch den täglichen Sonnenschein mit dem azurblauen Himmel freudig begrüßen und uns freuen, daß die Zahl der Kurfremden täglich zunimmt, ebenso wissen wir, daß ein Sommer nicht ohne Regen sein kann. Der Regen kam zur rechten Zeit. Der von der Sonne fast brandende Graswuchs und das Getreide, sowie die Heide-, Erd- und Himbeeren u. a. verlangten erfrischendes Nass. Die kommende Ernte hat dadurch sicher gewonnen. Schon hörte man Stimmen, die am Wetter verzweifeln wollten — und heute — heute freut sich wieder alles, weil auf den wohlthuenden Regen wieder Sonnenschein folgte. Weshalb verzagen? Auf Regen folgt Sonnenschein — !

Die Vorführung des Schnell-Feuerlösch-Apparates „Banaria“ am brennenden Objekt war gestern abend ohne Zweifel ein voller Erfolg. Ein gewaltiger Holzstoß wurde lichterloh in Flammen gesetzt. Die vom Holzstoß ausgehende Hitze war derart stark, daß sich der um das Feuer bildende Kreis von Zuschauern immer mehr entfernte. Als das Feuer seinen höchsten Brennpunkt erreicht hatte, wurde der Hand-Schnellfeuerlöschapparat „Banaria“ in Tätigkeit gesetzt. In wenigen Augenblicken war die flackernde Feuerfäule nahezu vernichtet. Ein gewaltiger Erfolg! Sicher ist doch ein Schnell-Feuerlösch-Apparat „Banaria“ ein guter Schutz gegen Feuergefahr.

Schwäbisches Sängers-Duett. Wir machen nochmals auf das Gastspiel dieses berühmten Duettes aufmerksam, die Künstler, der frühere Hofopernsänger Franz Jäger und seine Tochter, Fräulein E. Jäger, treten in der hübschen Tracht des württembergischen Schwarzwaldes auf. Das Sängerpärchen hat sich die große nationale Aufgabe gestellt, das deutsche Volkslied wieder zu Ehren zu bringen und minderwertige Darbietungen aufs schärfste zu bekämpfen; fürwahr ein edles Streben, welches überall härteste Unterstützung finden sollte zum Besten des ganzen Volkes! Die Sänger vertreten den ausgezeichneten schwäbischen Liederkomponisten Friedrich Silcher in vollendetster Weise, was namentlich für die Gesangsreihe von größtem Interesse ist. Diese Veranstaltung kann nur bestens empfohlen werden. Beginn 8.30 Uhr im „Grünen Baum“ (Saal).

Württ. Schutzpolizei. Um zu verhindern, daß den jungen Leuten, die sich um Einstellung in die Württ. Schutzpolizei beworben haben, vermeidbare Kosten entstehen, werden die von Stuttgart entfernt wohnenden Bewerber von der Polizeischulabteilung Weingarten zu einer Voruntersuchung auf Donnerstag, den 31. Juli 1930, in das Oberamtsgebäude in Horb a. N. schriftlich bestellt werden. Reisekosten werden nicht vergütet. Ueber die Einstellung selbst kann erst nach der Hauptuntersuchung in Stuttgart entschieden werden. Bei der Voruntersuchung werden auch noch neue Bewerbungen entgegengenommen.

Chhauen, 16. Juli. (Goldene Hochzeit.) Der Prediger a. D. Johannes Walz und seine Ehefrau Emma geb. Weber dürfen am kommenden Donnerstag das seltene Fest der goldenen Hochzeit feiern. Die beiden Jubilare erfreuen sich noch guter körperlicher Gesundheit und geistiger Frische. Sie sind 82 und 76 Jahre alt. Wir gratulieren und wünschen, daß ihnen noch manches Jahr im Kreise ihrer lieben Angehörigen beschieden sein möge.

Rohrdorf, 15. Juli. Ein Unglücksfall, der um Haaresbreite sehr schlimm hätte ausfallen können, ereignete sich am Samstag vormittag unweit der Schwarzwälder Tuchfabrik. Einem zweispännigen, beladenen Fuhrwerk, das, von Nagold kommend, rechts fahren mußte, gelang es nicht rechtzeitig genug, dem ebenfalls von Nagold kommenden Zug auszuweichen. Der Zug streifte ziemlich stark den Wagen, die Pferde scheuten, der Fuhrmann fiel vom Wagen und zog sich nicht unerhebliche Verletzungen zu. Ein beherzter Radsfahrer bemächtigte sich sofort der aufgeregten Pferde.

Baiersbrunn, 15. Juli. (Eine Rehgeiß verteidigt ihr Kitzlein gegen zwei Hunde.) Von Parzelle Reute in Baiersbrunn aus konnte am Samstag vormittag 9 Uhr ein Kampf edler Mutterliebe einer Rehgeiß um ihr Kitzlein beobachtet werden. Zwei frei umherstreifende Hunde hatten die am Waldrand stehende Rehfamilie angejagt und das Kitzlein angefallen. Da stellte sich die Mutter gegen die Hunde und suchte denselben ihr Junges abzulagern, so daß dieses selbst die Flucht ergreifen mußte. Weithin erscholl das schwermütige Klagen des Tieres um ihr Kitzlein. Leider war es nicht gelungen, das Jungtier den Händen früh genug zu entreißen und zu retten. Dasselbe wurde schon verendet gedorgen, es wies starke Bißwunden am Hals und am Rücken auf.

Horb a. N., 14. Juli. Zum erstenmal wieder seit 1873 ist hier ein Todesfall wegen Typhuskrankung vorgekommen.

Tübingen, 15. Juli. (117 Bewerber für zwei Stellen als Hausmeister.) Am Gymnasium und an der Oberrealschule wurden infolge Pensionierung der bisherigen Stelleninhaber die Hausverwalterstellen frei. Der Gemeinderat Tübingen stellte nun beim Innenministerium den Antrag, diese bisherigen Beamtenstellen in Angestelltenstellen umzuwandeln. Dies wurde genehmigt. In der Sitzung des Gemeinderats vom 23. Juni wurde für jede der beiden Stellen ein Jahresgehalt von 3000 Mark ausgemessen, wobei aber die Versicherungsbeiträge in gesetzlicher Weise zu tragen sind. Am 24. Juni wurden die beiden Hausmeisterstellen öffentlich ausgeschrieben mit der Bemerkung, daß von den Bewerbern technische Fertigkeiten, insbesondere im Blick auf das Schlosser- oder Mechanikerhandwerk, gewünscht werden. Auf das Ausschreiben sollen nun, wie man hört, nicht weniger als 117 Bewerbungen eingelaufen sein. — Auch ein Zeichen unserer Zeit, aber kein gutes!

Stuttgart, 15. Juli. (Töblich verunglückt.) Am Montag nachmittag ereignete sich in der Redarstraße, kurz nach der Einbiegung der Schillerstraße, ein folgenschwerer Unglücksfall. Ein Kleinauto der Reichspost wollte auf der Straße wenden. Ein ihm folgender Motorradfahrer bemerkte dies zu spät und fuhr mit ziemlicher Geschwindigkeit auf das Auto. Der Motorradfahrer wurde 6 Meter weit auf die linksseitigen Straßenbahngleise geschleudert. Bis das Sanitätsauto eintraf, war der Verunglückte bereits gestorben. Es handelt sich um einen etwa 35jährigen Mann aus Heumaden.

Redartailfingen, 15. Juli. (Auszeichnung.) Dem Sängerbund Redartailfingen, der auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken kann, ist die staatliche Auszeichnung für Verdienste um die Förderung des Chorgesanges und die Pflege des deutschen Volksliedes verliehen worden.

Kirchheim a. T., 15. Juli. (Aufgefahren.) Am Sonntag ist ein Motorradfahrer auf dem unbeschränkten Straßenübergang in der Nähe des Bahnhofs Owen (Tad) auf den hinter der Lokomotive laufenden Packwagen des Personenzugs 1386 Oberlennen-Kirchheim-Tad aufgefahren und dabei schwer verletzt worden.

Schorndorf, 15. Juli. (Ertrunken.) Montag vormittag ist ein 4jähriger Knabe in den Mühlkanal gefallen. Da keine Erwachsenen zugegen waren, wurde der Junge, ohne daß Hilfe geleistet werden konnte, vom Wasser fortgerissen. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Wölmühl Oa. Redartailm, 15. Juli. (Ueberrfahren.) Am Montag wurde der Landwirt August Friedrich von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren, wobei ihm der linke Fuß abgedrückt wurde und er auch noch sehr gefährliche innere Verletzungen erlitt, denen er erlag.

Heilbronn, 15. Juli. (Das Rädchenhaus.) Die Restaurationsarbeiten im Rädchenhaus sind dem Ende nahe. Das alte Patrizierhaus ist jetzt ein wahres Schmuckstück des Marktplatzes.

Weislingen, 15. Juli. (Ausstellung.) Im Beisein einer größeren Anzahl von Ehrengästen, an deren Spitze Staatspräsident a. D. Dr. von Hieber, Landtagspräsident Pfäfer, Oberbürgermeister Dr. Schwammburger (Ulm), die Vertreter der Handelskammern, des Oberamts und zahlreiche Ortsvorsteher des Bezirks zu sehen waren, wurde unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Schlund die Gewerbe-, Industrie- und Handelsausstellung feierlich eröffnet. Ein Gang durch die Ausstellung überzeugte von der Fülle des Gebotenen. Ungefähr 170 Aussteller sind vertreten.

Gmünd, 15. Juli. (Von der Staatl. Fachschule.) Die Staatliche Höhere Fachschule für Edelmetallindustrie in Gmünd besuchen im laufenden Sommersemester 179 Schüler, worunter 27 Schülerinnen sind. Am 19. September nimmt das Winterhalbjahr seinen Anfang.

Tannweiler Oa. Waldsee, 15. Juli. (Bom Zug erschlagt.) Der 45 Jahre alte verheiratete Eisenbahnarbeiter Wendelin Klein von hier wurde auf der Eisenbahnbrücke in der Nähe von Durlesbach vom Elzug erschlagen und so schwer verletzt, daß nach Verlauf einer halben Stunde der Tod eintrat. Er hinterläßt eine Frau und fünf Kinder.

Tuttlingen, 15. Juli. (Ueberrfahren.) Der 66 Jahre alte verwitwete Philipp Eien, Werkmeister beim Solldschuhwerk, wurde von dem Motorradfahrer Erwin Manz angefahren. Er hat einen doppelten Schädelbruch und sonstige Verletzungen erlitten, denen er im Krankenhaus erliegen ist.

Sigmaringen, 15. Juli. (Verbot der Hitleruniform.) Wie das preußische Regierungsblatt mitteilt, wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Sigmaringen das öffentliche Tragen der Parteiuniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verboten.

Stundfunk

Donnerstag, 17. Juli: 6 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 12.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15 Uhr Stunde der Jugend, 16 Uhr Nachmittagskonzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 18.05 Uhr Vortrag: Die Haltung des Tierhalters für Tierkadaver, 18.25 Uhr Vortrag: Quartier Latin, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Französischer Sprachunterricht, 19.30 Uhr Reisen, Resitationen, 20.15 Uhr Aeltere Operetten- und Tanzmusik, 22 Uhr Nachrichten, 22.15 Uhr Kompositionsstunde.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Unruhen in Bengalen. „Times“ zufolge wurden bei den Unruhen in Rymensingh (Bengalen) 9 Personen getötet. Deutsche Schulkinder in Birmingham. Eine Gruppe deutscher Schulkinder, die gegenwärtig in England weilt, besuchte auch Birmingham und wurde dort festlich begrüßt.

Deutschlandbesuch der Steuben-Gesellschaft. Aus Anlaß der am 17. September d. J. bevorstehenden 200. Wiederkehr des Geburtstages des deutsch-amerikanischen Generals Friedrich von Steuben unternimmt ein Teil der über die gesamten Vereinigten Staaten verbreiteten Steuben-Gesellschaft zurzeit eine Deutschlandfahrt mit dem Hauptziel Magdeburg, wo am 20. Juli die feierliche Enthüllung einer Steuben-Gedenktafel stattfinden soll. Die Reisegesellschaft, etwa 250 Personen, traf in Bremen ein.

Krieg zwischen mexikanischen Dörfern. Bei einem Streit zwischen Einwohnern der beiden benachbarten Dörfer Cahuatahe und Jotanah im Staate Guerrero wurden zehn Leute getötet und eine Anzahl verwundet.

Anschlag auf einen St. Gotthard-Schnellzug. In der Nacht zum Montag sind kurz vor der Station Cannago, 30 Kilometer nördlich Mailand, die Lokomotive, der Gepäckwagen und vier Personenwagen eines vom St. Gotthard kommenden Schnellzuges entgleist, wobei sieben Personen, darunter der Lokomotivführer und der Setzer, verletzt

Flugzeugabsturz bei Halle. Das Sportflugzeug der akademischen Fliegergruppe Dresden, das eine Zwischenlandung vorgenommen hatte, verunglückte in der Nähe von Merseburg. Die Maschine stürzte plötzlich aus etwa 70 Meter Höhe ab und wurde völlig zertrümmert. Der Pilot Fiedler war sofort tot. Der Fluggast Krüger aus Dresden wurde schwer verletzt.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Wirt. Landespostkasse. Trotz der gedrückten Lage im Wirtschaftskreis, die auch auf die Sparfähigkeit einwirkt, haben die Sparsparlagen im zweiten Halbjahr einen Zuwachs von 1,5 Millionen RM. erfahren. Eingelagert wurden in 38.411 Böden 7,3 Millionen RM.; die Rückzahlungen betragen in 15.471 Böden 5,8 Millionen RM. Das Gesamtgut haben der Sparspar beläuft sich nunmehr auf 62,2 Millionen RM. Einschließlich der Auswertungsansprüche der alten Sparspar mit 23,7 Millionen RM. und der Girogut haben mit 20,8 Millionen RM. ergibt sich auf 30. Juni ein Gesamtanlagensbestand von 106,7 Millionen RM. Ausgeliehen wurden im Berichtsjahr auf Hypotheken und an Gemeinden im ganzen Land rund 6 Millionen RM.

Stärke

Stuttgarter Sojabohnenmarkt vom 15. Juli 1930

Zugetrieb: 22 Döfen, 4 Bullen, 321 Jungbullen, 286 Jungkälber, 172 Kähe 846 Kälber, 1988 Schweine, 1 Schaf. Anverkauf: 2 Bullen, 21 Jungbullen, 10 Jungkälber, 2 Kähe und 90 Schweine.

Döfen: a) ausgem. 54-57 (54-57); b) vollfl. 49-52 (49-52); Bullen: a) ausgem. 52-52 (50-51); b) vollfl. 48-50 (46-48); Jungkälber: a) ausgem. 57-59 (55-57); b) vollfl. 50-55 (48 bis 53); c) II 40-49 (46-49).

Rübe: a) ausgem. 41-47 (41-47); b) vollfl. 32-39 (32-39); c) II 25-30 (25-30); d) ger. gen. 18-23 (18-23); Kälber: a) feinst. Mast- und best. Saugl. 76-78 (73-76); c) mittl. 76-74 (59-69); d) ger. 58-65 (52-60); Schweine: a) über 300 Pfund 60-62 (57-59); b) 240-300 Pfund 61-62 (56-61); c) 200-240 Pfund 64-65 (62-64); d) 100-200 Pfund 63-64 (62-63); e) und f) 120-160 und unter 120 Pfund 61-63 (60-62); g) Sauen 46-50 (45-49). Verkauf: mäßig belebt.

Stuttgarter Häute- und Fellauktion. Tendenz: normaler Verkauf. Kalbsfelle bis 9 Pfund erlitten einen Rückgang von 4 bis 7 Prozent, die Felle über 9 Pfund wurden freihändig verkauft. Bei Großviehhäuten war die Lage im ganzen fest. Einige Gattungen und Klassen erhielten ca. 3-8 Prozent Abschlag, vereinzelt bis 10 Prozent Rückgang (schwere Bullen). Nächste Auktion 12. August 1930.

Württembergische Nadelstammholzverkäufe. Bei den in letzter Zeit aus den württembergischen Staatswäldern abgehaltenen Nadelstammholzverkäufen wurden folgende Erlöse in Prozenten der Landesgrundpreise erzielt: im Forstamt Walzgrafenweiler für 1656 Hm. Fichten und Tannen im Durchschnitt 89 Prozent, in weiteren Schwarzwaldforstbezirken für 6417 Hm. desgl. 87 Prozent, für 2754 Hm. Fichten und Tannen und Weimuldsforstbezirk durchschnittlich 82 Prozent und für 487 Hm. Fichten 84 Prozent; in Forstbezirken des Unterlands für 446 Hm. Fichte und Tannen 96 Prozent und für 334 Hm. desgl. 85 Prozent; in Forstbezirken des Nordlandes für 3451 Hm. Fichten und Tannen 86 Prozent, für 357 Hm. desgl., worunter sehr zerstreut liegendes Scheidholz, 81 Prozent und für 38 Hm. Fichten 82 Prozent.

Witwenmäßiges Wetter für Donnerstag

Depressionsgebiete befinden sich im Osten und über Großbritannien, schwacher Hochdruck bei Spanien. Unter diesen Umständen ist für Donnerstag zeitweilig bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

Letzte Nachrichten

Die Nordlandfahrt des „Graf Zeppelin“

Friedrichshafen, 15. Juli. Der Start des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ zu seiner zweiten Nordlandfahrt wird nicht vor morgen früh 7 Uhr stattfinden. Die Wetterlage läßt noch keine endgültige Entscheidung zu. General Kobilé ist gestern abend in Friedrichshafen eingetroffen. Er wird an der Nordlandfahrt teilnehmen. Die Plätze sind fast völlig ausverkauft.

Der finnische Reichstag aufgelöst

Helsingfors, 15. Juli. Der Präsident der Republik hat heute den Reichstag aufgelöst, da nicht alle von der Regierung eingebrachten antikomunistischen Gesetzesvorlagen Annahme gefunden haben. Neuwahlen werden am 1. und 2. Oktober stattfinden. Der neue Reichstag wird am 20. Oktober zusammentreten.

Eine Sturzwelle vernichtet neun Menschenleben

Rom, 15. Juli. In dem kleinen Badeort Montalci di Castro bei Cellere hat sich ein schweres Unglück ereignet. Eine große Sturzwelle riß vom Badestrand neun Menschen mit auf das Meer hinaus. Die Wucht der Welle war so stark, daß die sofort unternommenen Rettungsversuche erfolglos blieben. Bis jetzt sind sieben Leichen geborgen worden.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer.

Städt. Forstverwaltung Altensteig.

Brennholz- und Waldstreu-Verkauf.

Am Donnerstag, den 17. Juli 1930, nachmittags 4 Uhr im „Anker“ in Simmersfeld.

Aus Engwald Abt. 3, 9, 10, 11, 12, 13, 21, 22, 23 Scheidholz und XI. Wolfsäcker.

Km: 1 Buchenprügel, 11 Nadelholzprügel, 9 Nadelholz-Anbruch.

30 Fächellose Reifig geschält zu 1800 Wellen.

Ferner 37 Lose Waldstreu aus Abt. 15 Hirschjuhl.

Die Auszahlung an Kriegerhinterbliebene, Kleinrentner u. Sozialrentner für Juli findet in Pfalzgrafenweiler am Freitag, den 18. Juli 1930 vormittags von 8-1/2 Uhr auf dem Rathaus statt.

Freudenstadt, den 15. Juli 1930.

Bezirkswohlfahrtsamt: Pfeffer.

Altensteig.

Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr im „Grünen Baum-Saal“

Gastspiel des Schwäb. Sildier-Duettes

von Stuttgart in Schwarzwald-Tracht

Reizende Lieder, köstl. humor. Dichtungen (eig. Feder) Eintritt M. 1.10 I. Platz, II. Platz M. - 60.

Dir. Hofopernsänger a. D. Franz Jaeger.

Sorben erziehen:

von dem weltbekannten Augenarzt Geh. Medizinalrat Dr. Graf Wiser Vorbeugung und Heilung von

Augenleiden

Preis M. 2.50. Die Erfahrungen während einer mehr als 30-jährigen Praxis werden hier veröffentlicht. Wer rechtzeitig vorbeugen und sich vor Erblindung schützen will, lese noch heute dieses verständliche Buch.

Vorrätig:

W. Rieker'sche Buch- u. Schreibwarenhandlung, Altensteig.

Alles wird spiegelblank und klar durch Henkel's



Empfehle mich zur Lieferung und Aufstellung kompletter

Bade-Einrichtungen

Stets auf Lager: kupferne Badeöfen

verzinte und unverzinte, selbstgemachte mit 3 Flammrohren, beste Heizwirkung

Badewannen

Guß Eisen emaillierte, Stahlblech emaillierte, und verzinkte, sowie Volksbadewannen

Bitte um Besichtigung ohne Kaufzwang!

Paul Frey, Kupferschmied
Altensteig, Telef. 106.

Einen Posten

Hafer- und Weizenstroh

steht dem Verkauf aus.

Gottl. Walz, Wenden.

Motorrad (Mabeco)

750 ccm obengesteuert, Baujahr 28, raffige Maschine in gutem Zustand mit allem Komfort billig zu verkaufen.

Otto Jung, Ragold.

Altensteig.

„Miele“

Milchzentrifugen Buttermaschinen hat zu Fabrikpreisen vorrätig.

Karl Henßler sen. Eisenhandlung beim neuen Postamt.

Berfekte Schneiderin übernimmt

Näharbeiten

schnell, sorgfältig, billig in und außer dem Hause.

A. Freimüller bei Paul Beck, Gerber, Altensteig Rosenstraße.

Erntekäse

1a halbfette Schweizerkäse à 60 Pfg. und Allg. Stangenkäse à 35 Pfg. liefert in Postkoll und Bahnkisten unter Nachnahme, nicht unter 9 Pfd. von einer Sorte.

A. Regele, Käser, Neu Ulm, Balkstraße 35 1/2

Hirsch-Café

Altensteig — inhaber Fritz Flaig

EIS! ◆ EIS!

Pferdefnecht-Gesuch.

Suche zum Eintritt bis in 8 oder 14 Tagen einen tüchtigen Pferdefnecht, welcher im Langholzfuhrwerk bewandert ist.

Karl Pfeife, Göttingen, Telef. Nr. 1.

Extra billiger Werbeverkauf

Um meinen Kunden die Anschaffung von Stoffen und fertigen Kleidungsstücken zu erleichtern, gebe ich auf beinahe sämtliche am Lager sich befindlichen Waren einen Rabatt von **20%** Dieser Rabatt wird nur bei sofortiger Bezahlung und bei Käufen von M. 5.— ab gewährt.

Paul Räuchle, am Markt, Calw.

